Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/2210

24. 08. 95

Sachgebiet 2032

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 1995 (Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 1995 – BBVAnpG 95)

A. Zielsetzung

Unter Berücksichtigung des Tarifabschlusses für den Arbeitnehmerbereich des öffentlichen Dienstes vom 3. Mai 1995

1. Anpassung der Bezüge der Beamten, Richter und Soldaten sowie der Versorgungsempfänger des Bundes, der Länder und Gemeinden entsprechend der Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse (§ 14 BBesG/§ 70 BeamtVG).
2. Verlängerung der Ermächtigungen zum Erlaß von Rechtsverordnungen aus Anlaß der Herstellung der Einheit Deutschlands.
3. Dauerhafte Sicherung qualifizierten Personals bei der Zentralen Ermittlungsstelle für die Bekämpfung der Regierungs- und Vereinigungskriminalität und der Arbeitsgruppe Regierungskriminalität.

B. Lösung

1. Zum 1. Mai 1995 werden die Bezüge linear um 3,2 vom Hundert angehoben; für den Monat April 1995 wird eine Einmalzahlung in Höhe von 140 DM gewährt.
2. Die Ermächtigungen zum Erlaß von Rechtsverordnungen aus Anlaß der Herstellung der Einheit Deutschlands werden bis zum 31. Dezember 1996 verlängert (§ 73 BBesG, § 107a BeamtVG, § 92a SVG).
3. Einführung einer Stellenzulage für Verwendungen bei der Zentralen Ermittlungsstelle für die Bekämpfung der Regierungs- und Vereinigungskriminalität und der Arbeitsgruppe Regierungskriminalität.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Für den Bereich des Bundes (ohne Bahn und Post) werden im Jahre 1995 Mehrkosten in Höhe von 671,36 Mio. DM entstehen.

Neben den Ländern und Gemeinden werden auch das Bundeseisenbahnvermögen und die Postunternehmen mit Mehrkosten belastet.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
031 (132) – 225 00 – Bu 201/95

Bonn, den 24. August 1995

An die Präsidentin
des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 1995 (Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 1995 – BBVAnpG 95) mit Begründung (Anlage 1) und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium des Innern.

Der Bundesrat hat in seiner 687. Sitzung am 14. Juli 1995 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, zu dem Gesetzentwurf, wie aus Anlage 2 ersichtlich, Stellung zu nehmen.

Die Auffassung der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates ist in der als Anlage 3 beigefügten Gegenäußerung dargelegt.

Dr. Helmut Kohl

Anlage 1

Entwurf eines Gesetzes über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 1995 (Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 1995 – BBVAnpG 95)

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

TEIL 1

Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern

Artikel 1

Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes

Das Bundesbesoldungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. September 1994 (BGBl. I S. 2646, 3134, 3367), zuletzt geändert durch ... (BGBl. I S. ...), wird wie folgt geändert:

Die Anlagen IV bis VI i, VIII und IX werden durch die Anlagen 1 bis 3 i, 4 und 5 dieses Gesetzes ersetzt.

Artikel 2

Anpassung von Bezügen

Abschnitt 1

Prozentuale Anpassung

§ 1

Fortgeltende landesrechtliche Vorschriften

(1) Um 3,2 vom Hundert werden erhöht die

1. Grundgehaltssätze (Gehaltssätze)
   a) in den fortgeltenden Besoldungsordnungen und Besoldungsgruppen der Hochschullehrer,
   b) in den Regelungen über künftig wegfallende Ämter,
   c) in Zwischenbesoldungsgruppen der Besoldungsordnungen der Länder,
2. a) Zuschüsse zum Grundgehalt nach Anlage II (Bundesbesoldungsordnung C) Vorbemerkungen Nummern 1 und 2, die in festen Beträgen festgesetzt sind,
   b) Höchstbeträge für Sondergrundgehälter und Zuschüsse zum Grundgehalt sowie festgesetzte Sondergrundgehälter und Zuschüsse nach fortgeltenden Besoldungsordnungen der Hochschullehrer,
3. Amtszulagen in Landesbesoldungsordnungen, Überleitungsvorschriften oder Regelungen über künftig wegfallende Ämter.

(2) Soweit in landesrechtlichen Vorschriften, die nach Maßgabe des Artikels IX des Zweiten Gesetzes zur Vereinheitlichung und Neuregelung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern fortgelten, besondere Grundgehaltssätze (Gehaltssätze, einheitliche Gehaltssätze für die Wahrnehmung mehrerer Ämter) festgelegt sind, werden diese in gleicher Weise wie die Dienstbezüge nach Absatz 1 erhöht. Dies gilt auch für die Regelungen über Rahmensätze, Höchstbeträge und Mittelbeträge oder entsprechende Begrenzungen sowie für die auf Grund dieser Regelungen festgesetzten Grundgehaltssätze (Gehaltssätze).

(3) Festgehälter, Zuschüsse zum Grundgehalt und Amtszulagen werden mit auf volle Pfennige aufgerundeten Beträgen festgesetzt. Die Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) in den Besoldungsgruppen für Hochschullehrer, in Zwischenbesoldungsgruppen und anderen Besoldungsgruppen mit aufsteigenden Gehältern werden in der Weise festgesetzt, daß das Endgrundgehalt auf volle Pfennigbeträge aufgerundet wird und die übrigen Grundgehaltssätze durch den Abzug eines einheitlichen Unterschiedsbetrages zwischen den Dienstaltersstufen ermittelt werden, der in gleicher Weise wie die Dienstbezüge nach Absatz 1 erhöht und auf volle Pfennigbeträge abgerundet worden ist. Soweit für Zwischenbesoldungsgruppen mehrere der Höhe nach unterschiedliche Unterschiedsbeträge zwischen den Dienstaltersstufen bestehen, ist entsprechend zu verfahren.

§ 2

Versorgungsbezüge

(1) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt der Besoldungsordnungen des Bundesbesoldungsgesetzes zugrunde liegt, treten an die Stelle der Sätze der Grundgehälter in der Anlage IV des Bundesbesoldungsgesetzes die Sätze in der Anlage 1 dieses Gesetzes.

(2) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt (Gehalt) im Sinne des § 1 Abs. 1 Nr. 1 und 2, Abs. 2 zugrunde liegt, treten an die Stelle der bisherigen Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) die nach § 1 erhöhten Sätze.

(3) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt (Gehalt) nach einer früheren Besoldungsregelung zugrunde liegt, werden die Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) sowie die ruhegehaltfähigen Zulagen im Gesetz über die Amts-

bezüge der Richter und Staatsanwälte des Landes Hessen vom 4. März 1970 (Gesetz- und Verordnungsblatt I S. 201) in der Fassung des Bundesbesoldungsgesetzes um den in § 1 Abs. 1 genannten Vomhundertsatz erhöht. An die Stelle der Sätze des Ortszuschlages in der Anlage V des Bundesbesoldungsgesetzes treten die Sätze der Anlage 2 dieses Gesetzes.

(4) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen eine Grundvergütung sowie ein Ortszuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz zugrunde liegen, wird die Grundvergütung um den in § 1 Abs. 1 genannten Vomhundertsatz erhöht.

(5) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen Amtszulagen nach dem Bundesbesoldungsgesetz zugrunde liegen, treten an die Stelle der Sätze der Amtszulagen die Sätze in der Anlage IX des Bundesbesoldungsgesetzes in der Fassung der Anlage 5 dieses Gesetzes. Soweit den Versorgungsbezügen Amtszulagen zugrunde liegen, die nicht in dieser Anlage aufgeführt sind, werden diese um den in § 1 Abs. 1 genannten Vomhundertsatz erhöht.

(6) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen eine Zulage nach den Nummern 8, 8a, 8b, 9, 10, 12 oder 27 der Vorbemerkungen zu den Bundesbesoldungsordnungen A und B oder nach Nummer 2b der Vorbemerkungen zu der Bundesbesoldungsordnung C oder nach Nummer 1a der Vorbemerkungen zu der Bundesbesoldungsordnung R des Bundesbesoldungsgesetzes zugrunde liegt, treten an die Stelle der Sätze der Zulagen in der Anlage IX des Bundesbesoldungsgesetzes die Sätze in der Fassung der Anlage 5 dieses Gesetzes.

(7) Versorgungsbezüge, deren Berechnung ein Ortszuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz nicht zugrunde liegt, werden um 3,1 vom Hundert ab 1. Mai 1995 erhöht. Entsprechendes gilt für Versorgungsbezüge, die in festen Beträgen festgesetzt sind, wie auch für den Betrag nach Artikel 13 § 2 Abs. 4 des Fünften Gesetzes zur Änderung besoldungsrechtlicher Vorschriften vom 28. Mai 1990 (BGBl. I S. 967).

(8) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt der Besoldungsgruppen A 1 bis A 8 oder ein Grundgehalt nach Zwischenbesoldungsgruppen zugrunde liegt, vermindert sich das Grundgehalt um den Betrag von 81,16 Deutsche Mark, wenn ihren Versorgungsbezügen die Stellenzulage nach der Vorbemerkung Nummer 27 Abs. 1 Buchstabe a oder b zu den Besoldungsordnungen A und B nicht zugrunde liegt.

Abschnitt 2

Einmalige Zahlung

§ 3

Empfänger von Dienstbezügen

(1) Eine einmalige Zahlung in Höhe von 140 Deutsche Mark erhalten die am 1. April 1995 vorhandenen Empfänger von Dienstbezügen. Werden Dienstbezüge anteilig oder nach einem besonderen Bemessungssatz gewährt, gilt dies entsprechend für die einmalige Zahlung.

(2) Gehört der dienstliche Wohnsitz eines Berechtigten zu einem anderen Währungsgebiet als dem der Deutschen Mark, sind die §§ 7, 54 des Bundesbesoldungsgesetzes entsprechend anzuwenden.

(3) Absatz 1 Satz 1 gilt für Empfänger von Amtsbezügen oder Amtsgehalt entsprechend.

§ 4

Versorgungsempfänger

(1) Eine einmalige Zahlung erhalten die am 1. April 1995 vorhandenen Empfänger von laufenden Versorgungsbezügen in Höhe des Betrages, der sich nach dem jeweils maßgeblichen Ruhegehaltssatz und den Anteilsätzen des Witwen- und Waisengeldes sowie des Unterhaltsbeitrages aus dem Betrag von 140 Deutsche Mark ergibt. Satz 1 gilt sinngemäß für die in § 2 Abs. 4 genannten Versorgungsempfänger. § 3 Abs. 1 Satz 2 gilt entsprechend.

(2) Empfänger von laufenden Versorgungsbezügen im Sinne des § 2 Abs. 7 erhalten 84 Deutsche Mark, Witwen und versorgungsberechtigte geschiedene Ehefrauen 50,40 Deutsche Mark, Empfänger von Vollwaisengeld 16,80 Deutsche Mark und Empfänger von Halbwaisengeld 10,08 Deutsche Mark.

(3) Zu den laufenden Versorgungsbezügen im Sinne der Absätze 1 und 2 gehören auch der Ausgleich und der Mindestbelassungsbetrag nach Artikel 2 § 2 Abs. 1 bis 3 und Artikel 3 § 3 Abs. 2 bis 4 des Zweiten Haushaltsstrukturgesetzes. Bei Empfängern von Mindestversorgungsbezügen gilt der jeweils maßgebende Mindestruhegehaltssatz; Absatz 2 ist im Falle der Gewährung von Mindestversorgung nicht anzuwenden. Absatz 1 Satz 1 gilt entsprechend für Empfänger von laufenden Versorgungsbezügen, deren Berechnung Amtsbezüge oder Amtsgehalt zugrunde liegen. Empfänger von Ausgleichsbezügen nach § 11a Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 des Soldatenversorgungsgesetzes erhalten die einmalige Zahlung nach § 3 dieses Gesetzes.

§ 5

Zahlung

(1) Die einmalige Zahlung wird für jeden Berechtigten nur einmal gewährt. Sie bleibt bei sonstigen Besoldungs- und Versorgungsleistungen unberücksichtigt. Bei mehreren Dienstverhältnissen gilt § 5 des Bundesbesoldungsgesetzes entsprechend.

(2) Der Anspruch aus einem Dienstverhältnis geht dem Anspruch aus dem Rechtsverhältnis als Versorgungsempfänger vor. Der Anspruch aus einem späteren Rechtsverhältnis als Versorgungsempfänger geht dem Anspruch aus einem früheren Rechtsverhältnis als Versorgungsempfänger vor. Beim Zusammentreffen von Ruhegehalt mit Hinterbliebenenversorgung bemißt sich die einmalige Zahlung nach dem Ruhegehalt.

(3) Ruhens- und Anrechnungsvorschriften sowie Vorschriften über die anteilige Kürzung finden keine Anwendung.

(4) Im Sinne der Absätze 1 bis 3 stehen der einmaligen Zahlung entsprechende Leistungen aus einem anderen Rechtsverhältnis im öffentlichen Dienst (§ 40 Abs. 7 des Bundesbesoldungsgesetzes, § 53 Abs. 5 des Beamtenversorgungsgesetzes oder entsprechende Vorschriften) der einmaligen Zahlung nach diesen Vorschriften gleich, auch wenn die Regelungen im einzelnen nicht übereinstimmen.

Artikel 3

Anpassung der Erschwerniszulagen und der Mehrarbeitsvergütung

(1) Die Sätze der Erschwerniszulagen nach § 4 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und § 19a der Erschwerniszulagenverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. März 1992 (BGBl. I S. 519), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 24. August 1994 (BGBl. I S. 2229, 2440), werden um 3,2 vom Hundert erhöht und auf volle Pfennige aufgerundet.

(2) Die Sätze der Mehrarbeitsvergütung nach § 4 Abs. 1 und 3 der Verordnung über die Gewährung von Mehrarbeitsvergütung für Beamte in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. März 1992 (BGBl. I S. 528), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 24. August 1994 (BGBl. I S. 2229, 2440), werden um 3,2 vom Hundert erhöht und auf volle Pfennige aufgerundet.

(3) Das Bundesministerium des Innern kann die sich nach den Absätzen 1 und 2 ergebenden neuen Sätze im Bundesgesetzblatt bekanntmachen.

TEIL 2

Sonstige Änderungen besoldungs- und versorgungsrechtlicher Vorschriften

Artikel 4

Änderungen des Bundesbesoldungsgesetzes

Das Bundesbesoldungsgesetz in der in Artikel 1 bezeichneten Fassung wird wie folgt geändert:

1. In § 72 wird Satz 6 aufgehoben.

2. In § 73 Satz 1 wird das Datum „31. Dezember 1995" durch das Datum „31. Dezember 1996" ersetzt.

3. In Anlage I (Bundesbesoldungsordnungen A und B) wird die Vorbemerkung Nummer 8d wie folgt neu gefaßt:

   „8d. Stellenzulage bei der Zentralen Ermittlungsstelle für die Bekämpfung der Regierungs- und Vereinigungskriminalität und der Arbeitsgruppe Regierungskriminalität

   (1) Beamte, die bei der Zentralen Ermittlungsstelle für die Bekämpfung der Regierungs- und Vereinigungskriminalität oder der Arbeitsgruppe Regierungskriminalität bei der Staatsanwaltschaft II bei dem Landgericht Berlin verwendet werden, erhalten eine Stellenzulage nach Anlage IX. Sie wird nicht neben einer pauschalierten Aufwandsentschädigung gewährt.

   (2) Durch die Stellenzulage werden die mit dem Dienst allgemein verbundenen Erschwernisse und Aufwendungen mit abgegolten."

4. In Anlage III (Bundesbesoldungordnung R) wird nach der Vorbemerkung Nummer 4 die folgende Nummer 5 eingefügt:

   „5. Stellenzulage bei der Zentralen Ermittlungsstelle für die Bekämpfung der Regierungs- und Vereinigungskriminalität und der Arbeitsgruppe Regierungskriminalität

   Richter und Staatsanwälte, die bei der Zentralen Ermittlungsstelle für die Bekämpfung der Regierungs- und Vereinigungskriminalität oder der Arbeitsgruppe Regierungskriminalität bei der Staatsanwaltschaft II bei dem Landgericht Berlin verwendet werden, erhalten eine Stellenzulage nach Anlage IX. Sie wird nicht neben einer pauschlierten Aufwandsentschädigung gewährt."

Artikel 5

Änderung des Gesetzes über die Gewährung einer jährlichen Sonderzuwendung

In § 13 des Gesetzes über die Gewährung einer jährlichen Sonderzuwendung in der Fassung des Artikels VI Nr. 2 des Gesetzes vom 23. Mai 1975 (BGBl. I S. 1173), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 21. Februar 1992 (BGBl. I S. 226) geändert worden ist, wird nach Absatz 2 folgender Absatz 3 angefügt:

„(3) In den Jahren 1995 und 1996 gilt bei Anwendung der §§ 6, 7, 9 und 12 ein besonderer Bemessungsfaktor. Er wird vom Bundesministerium des Innern als Vomhundertsatz festgesetzt und nach dem Verhältnis errechnet, das zwischen den Bezügen, die regelmäßig angepaßt werden, im Dezember 1993 und jeweils im Dezember 1995 und 1996 besteht. Der Bemessungsfaktor ist auch maßgebend für Bezüge, die nicht regelmäßig angepaßt werden. Die bei der Anwendung von Ruhensvorschriften maßgebenden Höchstgrenzen werden im Monat Dezember bei der Gewährung der Zuwendung nicht verdoppelt, sondern dem für diesen Monat zustehenden Höchstgrenzenbetrag wird ein unter Anwendung des Bemessungsfaktors berechneter Höchstgrenzenbetrag hinzuaddiert. Die im Monat Dezember des jeweiligen Kalenderjahres maßgebenden persönlichen Verhältnisse sind zu berücksichtigen."

Artikel 6

Artikel 4 des Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetzes 1994 vom 23. August 1994 (BGBl. I S. 2229, 2440) wird aufgehoben.

Artikel 7

Änderung des Beamtenversorgungsgesetzes

In § 107a Abs. 1 Satz 1 des Beamtenversorgungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. Dezember 1994 (BGBl. I S. 3858), das zuletzt durch ... geändert worden ist, wird das Datum „31. Dezember 1995" durch das Datum „31. Dezember 1996" ersetzt.

Artikel 8

Änderung des Soldatenversorgungsgesetzes

In § 92a Satz 1 des Soldatenversorgungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Januar 1995 (BGBl. I S. 50), das zuletzt durch ... geändert worden ist, wird das Datum „31. Dezember 1995" durch das Datum „31. Dezember 1996" ersetzt.

Artikel 9

Änderung der Zweiten Besoldungs-Übergangsverordnung

In § 3 Abs. 3 der Zweiten Besoldungs-Übergangsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Juni 1993 (BGBl. I S. 778, 1035), die zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 24. August 1994 (BGBl. I S. 2229, 2440) geändert worden ist, wird Satz 2 wie folgt gefaßt:

„Abweichend von § 2 Abs. 1 sind bei der Bemessung des Grundbetrages im Kalenderjahr 1995 82 vom Hundert der für das bisherige Bundesgebiet im Dezember geltenden Dienstbezüge zugrunde zu legen."

TEIL 3

Übergangs- und Schlußvorschriften

Artikel 10

Neufassungen

Das Bundesministerium des Innern kann den Wortlaut des Bundesbesoldungsgesetzes und den Wortlaut der in diesem Gesetz geänderten Verordnungen in der Fassung, die am ersten Tage des auf die Verkündung dieses Gesetzes folgenden Kalendermonats gilt, im Bundesgesetzblatt bekanntmachen.

Artikel 11

Rückkehr zum einheitlichen Verordnungsrang

Die auf Artikel 3 und Artikel 9 beruhenden Teile der dort geänderten Rechtsverordnungen können auf Grund der jeweils einschlägigen Ermächtigung durch Rechtsverordnung geändert werden.

Artikel 12

Inkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Mai 1995 in Kraft.

(2) Abweichend von Absatz 1 treten in Kraft:

1. mit Wirkung vom 1. April 1995 Artikel 1, soweit die Anlage VIII des Bundesbesoldungsgesetzes durch die Anlage 4 dieses Gesetzes ersetzt wird;
2. mit Wirkung vom 1. Januar 1995 Artikel 5, 6 und 9;
3. ab 1. Januar 1996 Artikel 4 Nr. 3 und 4.

Anlage 1 (Anlage IV des BBesG)

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in DM)

1. Bundesbesoldungsordnung A

Besoldungsgruppe	Ortszuschlag Tarifklasse	Dienstaltersstufe						
		1	2	3	4	5	6	7
A 1	II	1 512,39	1 564,72	1 617,05	1 669,38	1 721,71	1 774,04	1 826,37
A 2		1 642,91	1 694,85	1 746,79	1 798,73	1 850,67	1 902,61	1 954,55
A 3		1 747,57	1 802,83	1 858,09	1 913,35	1 968,61	2 023,87	2 079,13
A 4		1 806,98	1 872,03	1 937,08	2 002,13	2 067,18	2 132,23	2 197,28
A 5		1 828,58	1 897,35	1 966,12	2 034,89	2 103,66	2 172,43	2 241,20
A 6		1 892,34	1 966,03	2 039,72	2 113,41	2 187,10	2 260,79	2 334,48
A 7		2 013,53	2 088,04	2 162,55	2 237,06	2 311,57	2 386,08	2 460,59
A 8		2 104,78	2 193,90	2 283,02	2 372,14	2 461,26	2 550,38	2 639,50
A 9	Ic	2 261,12	2 345,24	2 432,91	2 521,26	2 611,27	2 709,35	2 807,43
A 10		2 475,98	2 597,84	2 719,70	2 841,56	2 963,42	3 085,28	3 207,14
A 11		2 884,47	3 009,34	3 134,21	3 259,08	3 383,95	3 508,82	3 633,69
A 12		3 141,96	3 290,83	3 439,70	3 588,57	3 737,44	3 886,31	4 035,18
A 13	Ib	3 559,58	3 720,34	3 881,10	4 041,86	4 202,62	4 363,38	4 524,14
A 14		3 663,92	3 872,39	4 080,86	4 289,33	4 497,80	4 706,27	4 914,74
A 15		4 131,07	4 360,27	4 589,47	4 818,67	5 047,87	5 277,07	5 506,27
A 16		4 591,56	4 856,64	5 121,72	5 386,80	5 651,88	5 916,96	6 182,04

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in DM)

2. Bundesbesoldungsordnung B

Besoldungsgruppe	Ortszuschlag Tarifklasse	
B 1	Ib	7 339,87
B 2		8 705,14
B 3	Ia	9 107,57
B 4		9 712,92
B 5		10 407,39
B 6		11 063,24
B 7		11 701,19
B 8		12 366,14
B 9		13 191,76
B 10		15 755,55
B 11		17 201,45

Gültig ab 1. Mai 1995

Dienstaltersstufe							
8	9	10	11	12	13	14	15
1 878,70							
2 006,49							
2 134,39							
2 262,33							
2 309,97	2 378,74						
2 408,17	2 481,86	2 555,55					
2 535,10	2 609,61	2 684,12	2 758,63	2 833,14			
2 728,62	2 817,74	2 906,86	2 995,98	3 085,10	3 174,22		
2 905,51	3 003,59	3 101,67	3 199,75	3 297,83	3 395,91		
3 329,00	3 450,86	3 572,72	3 694,58	3 816,44	3 938,30		
3 758,56	3 883,43	4 008,30	4 133,17	4 258,04	4 382,91	4 507,78	
4 184,05	4 332,92	4 481,79	4 630,66	4 779,53	4 928,40	5 077,27	
4 684,90	4 845,66	5 006,42	5 167,18	5 327,94	5 488,70	5 649,46	
5 123,21	5 331,68	5 540,15	5 748,62	5 957,09	6 165,56	6 374,03	
5 735,47	5 964,67	6 193,87	6 423,07	6 652,27	6 881,47	7 110,67	7 339,87
6 447,12	6 712,20	6 977,28	7 242,36	7 507,44	7 772,52	8 037,60	8 302,68

noch Anlage 1

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in DM)

3. Bundesbesoldungsordnung C

Besol-dungs-gruppe	Ortszu-schlag Tarif-klasse	Dienstaltersstufe						
		1	2	3	4	5	6	7
C 1	I b	3 559,58	3 720,34	3 881,10	4 041,86	4 202,62	4 363,38	4 524,14
C 2		3 569,60	3 825,80	4 082,00	4 338,20	4 594,40	4 850,60	5 106,80
C 3		4 033,87	4 323,96	4 614,05	4 904,14	5 194,23	5 484,32	5 774,41
C 4	I a	5 224,06	5 515,67	5 807,28	6 098,89	6 390,50	6 682,11	6 973,72

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in DM)

4. Bundesbesoldungsordnung R

Besol-dungs-gruppe	Orts-zu-schlag Tarif-klasse	Stufe									
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
		Lebensalter									
		31	33	35	37	39	41	43	45	47	49
R 1	I b	4 611,47	4 938,94	5 266,41	5 593,88	5 921,35	6 248,82	6 576,29	6 903,76	7 231,23	7 558,70
R 2		5 395,35	5 722,82	6 050,29	6 377,76	6 705,23	7 032,70	7 360,17	7 687,64	8 015,11	8 342,58
R 3	I a	9 107,57									
R 4		9 712,92									
R 5		10 407,39									
R 6		11 063,24									
R 7		11 701,19									
R 8		12 366,14									
R 9		13 191,76									
R 10		16 486,42									

Dienstaltersstufen							
8	9	10	11	12	13	14	15
4 684,90	4 845,66	5 006,42	5 167,18	5 327,94	5 488,70	5 649,46	
5 363,00	5 619,20	5 875,40	6 131,60	6 387,80	6 644,00	6 900,20	7 156,40
6 064,50	6 354,59	6 644,68	6 934,77	7 224,86	7 514,95	7 805,04	8 095,13
7 265,33	7 556,94	7 848,55	8 140,16	8 431,77	8 723,38	9 014,99	9 306,60

Anlage 2 (Anlage V des BBesG)

Gültig ab 1. Mai 1995

Ortszuschlag
(Monatsbeträge in DM)

Tarifklasse	Zu der Tarifklasse gehörende Besoldungsgruppen	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3 1 Kind
I a	B 3 bis B 11 C 4 R 3 bis R 10	1 122,16	1 301,18	1 454,35
I b	B 1 und B 2 A 13 bis A 16 C 1 bis C 3 R 1 und R 2	946,64	1 125,66	1 278,83
I c	A 9 bis A 12	841,29	1 020,31	1 173,48
II	A 1 bis A 8	792,51	962,97	1 116,14

Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Ortszuschlag für jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 153,17 DM.

In Tarifklasse II erhöht sich der Ortszuschlag der Stufe 3 für das erste zu berücksichtigende Kind in den Besoldungsgruppen A 1 bis A 5 um je 10 DM, ab Stufe 4 für jedes weitere zu berücksichtigende Kind in den Besoldungsgruppen A 1 bis A 3 um je 50 DM, in Besoldungsgruppe A 4 um je 40 DM und in Besoldungsgruppe A 5 um je 30 DM. Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

Ortszuschlag nach § 39 Abs. 2 Satz 1: Tarifklasse I c 673,04 DM
Tarifklasse II 634,01 DM.

Gültig ab 1. Mai 1995 Anlage 3 a (Anlage VI a des BBesG)

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 2)
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 8	1 525	1 799	2 078	2 354	2 633	2 910	3 186	3 465	3 739	4 018	4 294	4 571
A 9	1 792	2 089	2 386	2 683	2 983	3 280	3 579	3 876	4 173	4 470	4 767	5 064
A 10	2 024	2 335	2 643	2 954	3 262	3 573	3 881	4 190	4 498	4 806	5 117	5 425
A 11	2 203	2 526	2 848	3 171	3 494	3 816	4 139	4 461	4 784	5 106	5 429	5 751
A 12	2 452	2 794	3 136	3 478	3 820	4 162	4 504	4 846	5 188	5 530	5 873	6 215
A 13	2 696	3 052	3 407	3 763	4 118	4 473	4 829	5 184	5 540	5 895	6 251	6 606
A 14	2 946	3 314	3 681	4 049	4 417	4 785	5 152	5 520	5 888	6 256	6 623	6 991
A 15	3 290	3 688	4 085	4 483	4 880	5 278	5 675	6 073	6 470	6 868	7 265	7 663
A 16 bis B 2	3 477	3 894	4 312	4 729	5 146	5 564	5 981	6 399	6 816	7 234	7 651	8 068
B 3 und B 4	3 477	3 909	4 346	4 783	5 220	5 658	6 095	6 532	6 969	7 407	7 844	8 281
B 5 bis B 7	3 830	4 314	4 798	5 283	5 767	6 252	6 736	7 220	7 705	8 189	8 673	9 158
B 8 und höher	4 102	4 649	5 196	5 743	6 290	6 837	7 384	7 931	8 478	9 025	9 572	10 119

Gültig ab 1. Mai 1995 Anlage 3 b (Anlage VI b des BBesG)

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 3)
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 8	1 296	1 529	1 766	2 001	2 238	2 474	2 708	2 945	3 178	3 415	3 650	3 885
A 9	1 523	1 776	2 028	2 281	2 536	2 788	3 042	3 295	3 547	3 800	4 052	4 304
A 10	1 720	1 985	2 247	2 511	2 773	3 037	3 299	3 562	3 823	4 085	4 349	4 611
A 11	1 873	2 147	2 421	2 695	2 970	3 244	3 518	3 792	4 066	4 340	4 615	4 888
A 12	2 084	2 375	2 666	2 956	3 247	3 538	3 828	4 119	4 410	4 701	4 992	5 283
A 13	2 292	2 594	2 896	3 199	3 500	3 802	4 105	4 406	4 709	5 011	5 313	5 615
A 14	2 504	2 817	3 129	3 442	3 754	4 067	4 379	4 692	5 005	5 318	5 630	5 942
A 15	2 797	3 135	3 472	3 811	4 148	4 486	4 824	5 162	5 500	5 838	6 175	6 514
A 16 bis B 2	2 955	3 310	3 665	4 020	4 374	4 729	5 084	5 439	5 794	6 149	6 503	6 858
B 3 und B 4	2 955	3 323	3 694	4 066	4 437	4 809	5 181	5 552	5 924	6 296	6 667	7 039
B 5 bis B 7	3 256	3 667	4 078	4 491	4 902	5 314	5 726	6 137	6 549	6 961	7 372	7 784
B 8 und höher	3 487	3 952	4 417	4 882	5 347	5 811	6 276	6 741	7 206	7 671	8 136	8 601

Anlage 3 c (Anlage VI c des BBesG) Gültig ab 1. Mai 1995

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 8	1 086	1 259	1 455	1 648	1 843	2 037	2 230	2 426	2 617	2 813	3 006	3 200
A 9	1 254	1 462	1 670	1 878	2 088	2 296	2 505	2 713	2 921	3 129	3 337	3 545
A 10	1 417	1 635	1 850	2 068	2 283	2 501	2 717	2 933	3 149	3 364	3 582	3 798
A 11	1 542	1 768	1 994	2 220	2 446	2 671	2 897	3 123	3 349	3 574	3 800	4 026
A 12	1 716	1 956	2 195	2 435	2 674	2 913	3 153	3 392	3 632	3 871	4 111	4 351
A 13	1 887	2 136	2 385	2 634	2 883	3 131	3 380	3 629	3 878	4 127	4 376	4 624
A 14	2 062	2 320	2 577	2 834	3 092	3 350	3 606	3 864	4 122	4 379	4 636	4 894
A 15	2 303	2 582	2 860	3 138	3 416	3 695	3 973	4 251	4 529	4 808	5 086	5 364
A 16 bis B 2	2 434	2 726	3 018	3 310	3 602	3 895	4 187	4 479	4 771	5 064	5 356	5 648
B 3 und B 4	2 434	2 736	3 042	3 348	3 654	3 961	4 267	4 572	4 878	5 185	5 491	5 797
B 5 bis B 7	2 681	3 020	3 359	3 698	4 037	4 376	4 715	5 054	5 394	5 732	6 071	6 411
B 8 und höher	2 871	3 254	3 637	4 020	4 403	4 786	5 169	5 552	5 935	6 318	6 700	7 083

Anlage 3 d (Anlage VI d des BBesG) Gültig ab 1. Mai 1995

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)
– Unterkunft und Verpflegung –
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 8	747	882	1 018	1 153	1 290	1 426	1 561	1 698	1 832	1 969	2 104	2 240
A 9	878	1 024	1 169	1 315	1 462	1 607	1 754	1 899	2 045	2 190	2 336	2 481
A 10	992	1 144	1 295	1 447	1 598	1 751	1 902	2 053	2 204	2 355	2 507	2 658
A 11	1 079	1 238	1 396	1 554	1 712	1 870	2 028	2 186	2 344	2 502	2 660	2 818
A 12	1 201	1 369	1 537	1 704	1 872	2 039	2 207	2 375	2 542	2 710	2 878	3 045
A 13	1 321	1 495	1 669	1 844	2 018	2 192	2 366	2 540	2 715	2 889	3 063	3 237
A 14	1 444	1 624	1 804	1 984	2 164	2 345	2 524	2 705	2 885	3 065	3 245	3 426
A 15	1 612	1 807	2 002	2 197	2 391	2 586	2 781	2 976	3 170	3 365	3 560	3 755
A 16 bis B 2	1 704	1 908	2 113	2 317	2 522	2 726	2 931	3 136	3 340	3 545	3 749	3 953
B 3 und B 4	1 704	1 915	2 130	2 344	2 558	2 772	2 987	3 201	3 415	3 629	3 844	4 058
B 5 bis B 7	1 877	2 114	2 351	2 589	2 826	3 063	3 301	3 538	3 775	4 013	4 250	4 487
B 8 und höher	2 010	2 278	2 546	2 814	3 082	3 350	3 618	3 886	4 154	4 422	4 690	4 958

Gültig ab 1. Mai 1995

Anlage 3e (Anlage VIe des BBesG)

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)
– Unterkunft oder Verpflegung –
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 8	907	1 070	1 236	1 401	1 567	1 731	1 896	2 062	2 225	2 391	2 555	2 720
A 9	1 066	1 243	1 420	1 596	1 775	1 952	2 130	2 306	2 483	2 660	2 836	3 013
A 10	1 204	1 389	1 573	1 758	1 941	2 126	2 309	2 493	2 676	2 860	3 045	3 228
A 11	1 311	1 503	1 695	1 887	2 079	2 271	2 463	2 654	2 846	3 038	3 230	3 422
A 12	1 459	1 662	1 866	2 069	2 273	2 476	2 680	2 883	3 087	3 290	3 494	3 698
A 13	1 604	1 816	2 027	2 239	2 450	2 661	2 873	3 084	3 296	3 508	3 719	3 931
A 14	1 753	1 972	2 190	2 409	2 628	2 847	3 065	3 284	3 503	3 722	3 941	4 160
A 15	1 958	2 194	2 431	2 667	2 904	3 140	3 377	3 613	3 850	4 086	4 323	4 559
A 16 bis B 2	2 069	2 317	2 566	2 814	3 062	3 311	3 559	3 807	4 056	4 304	4 552	4 800
B 3 und B 4	2 069	2 326	2 586	2 846	3 106	3 367	3 627	3 887	4 147	4 407	4 667	4 927
B 5 bis B 7	2 279	2 567	2 855	3 143	3 431	3 720	4 008	4 296	4 584	4 872	5 160	5 449
B 8 und höher	2 441	2 766	3 092	3 417	3 743	4 068	4 393	4 719	5 044	5 370	5 695	6 021

Gültig ab 1. Mai 1995

Anlage 3f (Anlage VIf des BBesG)

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 5)
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 8	1 688	1 975	2 260	2 547	2 829	3 116	3 401	3 688	3 973	4 257	4 542	4 829
A 9	1 978	2 283	2 591	2 896	3 202	3 507	3 812	4 120	4 425	4 730	5 038	5 343
A 10	2 237	2 556	2 873	3 189	3 506	3 825	4 141	4 458	4 777	5 093	5 410	5 729
A 11	2 435	2 768	3 101	3 434	3 767	4 100	4 432	4 765	5 098	5 431	5 764	6 096
A 12	2 708	3 059	3 410	3 762	4 113	4 464	4 816	5 167	5 518	5 869	6 221	6 572
A 13	2 978	3 345	3 711	4 078	4 445	4 811	5 178	5 545	5 912	6 278	6 645	7 012
A 14	3 252	3 631	4 010	4 389	4 768	5 147	5 526	5 905	6 284	6 663	7 042	7 422
A 15	3 635	4 047	4 459	4 871	5 283	5 695	6 107	6 519	6 931	7 342	7 754	8 166
A 16 bis B 2	3 855	4 287	4 719	5 151	5 582	6 014	6 446	6 878	7 309	7 741	8 173	8 605
B 3 und B 4	3 856	4 310	4 764	5 217	5 671	6 125	6 578	7 032	7 485	7 939	8 393	8 846
B 5 bis B 7	4 299	4 797	5 296	5 795	6 294	6 792	7 291	7 790	8 288	8 787	9 286	9 785
B 8 und höher	4 637	5 200	5 763	6 327	6 890	7 453	8 017	8 580	9 143	9 707		

Anlage 3g (Anlage VIg des BBesG) Gültig ab 1. Mai 1995

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 5)
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 8	1 450	1 689	1 933	2 174	2 416	2 660	2 899	3 143	3 387	3 626	3 870	4 109
A 9	1 693	1 952	2 216	2 475	2 734	2 993	3 252	3 511	3 770	4 031	4 290	4 549
A 10	1 916	2 189	2 459	2 732	3 002	3 272	3 543	3 813	4 086	4 356	4 626	4 899
A 11	2 089	2 373	2 656	2 940	3 223	3 507	3 790	4 074	4 357	4 641	4 924	5 208
A 12	2 325	2 622	2 920	3 218	3 516	3 814	4 112	4 410	4 708	5 006	5 303	5 601
A 13	2 559	2 870	3 181	3 492	3 804	4 115	4 426	4 737	5 049	5 360	5 671	5 982
A 14	2 791	3 112	3 434	3 755	4 077	4 398	4 720	5 041	5 363	5 685	6 006	6 328
A 15	3 122	3 471	3 820	4 169	4 519	4 868	5 217	5 566	5 916	6 265	6 614	6 963
A 16 bis B 2	3 312	3 678	4 044	4 410	4 776	5 142	5 508	5 875	6 241	6 607	6 973	7 339
B 3 und B 4	3 319	3 704	4 089	4 474	4 859	5 244	5 629	6 014	6 399	6 784	7 169	7 554
B 5 bis B 7	3 702	4 126	4 550	4 974	5 398	5 821	6 245	6 669	7 093	7 517	7 941	8 365
B 8 und höher	3 998	4 476	4 955	5 433	5 912	6 390	6 868	7 347	7 825	8 304		

Anlage 3h (Anlage VIh des BBesG) Gültig ab 1. Mai 1995

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 5)
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 8	1 214	1 415	1 611	1 812	2 010	2 208	2 407	2 605	2 806	3 004	3 203	3 401
A 9	1 420	1 635	1 850	2 062	2 279	2 494	2 709	2 926	3 141	3 356	3 573	3 788
A 10	1 606	1 827	2 048	2 269	2 490	2 711	2 934	3 155	3 376	3 597	3 818	4 039
A 11	1 749	1 984	2 218	2 452	2 686	2 920	3 155	3 389	3 623	3 857	4 091	4 326
A 12	1 944	2 191	2 438	2 684	2 931	3 177	3 424	3 670	3 917	4 163	4 410	4 656
A 13	2 141	2 395	2 650	2 905	3 160	3 414	3 669	3 924	4 179	4 433	4 688	4 943
A 14	2 338	2 602	2 866	3 130	3 394	3 658	3 922	4 186	4 450	4 714	4 978	5 242
A 15	2 614	2 903	3 192	3 480	3 769	4 057	4 346	4 635	4 923	5 212	5 501	5 789
A 16 bis B 2	2 775	3 078	3 380	3 683	3 985	4 288	4 591	4 893	5 196	5 498	5 801	6 103
B 3 und B 4	2 783	3 101	3 418	3 736	4 053	4 370	4 688	5 005	5 323	5 640	5 958	6 275
B 5 bis B 7	3 111	3 459	3 807	4 155	4 504	4 852	5 200	5 548	5 896	6 244	6 593	6 941
B 8 und höher	3 364	3 759	4 155	4 551	4 946	5 342	5 738	6 133	6 529	6 925		

Gültig ab 1. Mai 1995

Anlage 3 i (Anlage VI i des BBesG)

Auslandskinderzuschlag (§ 56)
(Monatsbeträge in DM je Kind)
nach § 56 Abs. 1 Nr. 1

Besoldungsgruppe	Stufe des Auslandszuschlags												nach § 56 Abs. 1 Nr. 2
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
A 1 bis A 16 .... B 1 bis B 11	220	253	285	317	349	382	414	446	478	511	543	575	220

Dieser Betrag erhöht sich um Beträge in Höhe des Kindergeldes, das nach dem Bundeskindergeldgesetz zustehen würde.

Gültig ab 1. April 1995

Anlage 4 (Anlage VIII des BBesG)

Anwärtergrundbetrag
Anwärterverheiratetenzuschlag
(Monatsbeträge in DM)

Eingangsamt, in das der Anwärter nach Abschluß des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag		Verheiratetenzuschlag	
	vor Vollendung des 26. Lebensjahres	nach Vollendung des 26. Lebensjahres	nach § 62 Abs. 1	nach § 62 Abs. 2
A 1 bis A 4	1 308	1 433	341	114
A 5 bis A 8	1 508	1 676	395	114
A 9 bis A 11	1 595	1 788	456	114
A 12	1 828	2 034	481	114
A 13	1 880	2 097	497	114
A 13 + Zulage (Nummer 27 Abs. 1 Buchstabe d der Vorbemerkungen zu den Bundesbesoldungsordnungen A und B) oder R 1	1 935	2 166	514	114

Anlage 5 (Anlage IX des BBesG) Gültig ab 1. Mai 1995

Amtszulagen, Stellenzulagen, Zulagen, Vergütungen
(Monatsbeträge)
– in der Reihenfolge der Gesetzesstellen –

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil
Bundesbesoldungsgesetz	
§ 44	bis zu 200,00
§ 48 Abs. 2	bis zu 100,00
§ 78	bis zu 150,00
§ 80 a (weggefallen)	
Bundesbesoldungsordnungen A und B	
Vorbemerkungen	
Nummer 2 Abs. 2	250,00
Nummer 4	100,00
Nummer 4 a	150,00
Nummer 5	
Die Zulage beträgt für Mannschaften, Unteroffiziere/ Beamte der Besoldungsgruppen A 5 und A 6	70,00
Unteroffiziere/Beamte der Besoldungsgruppen A 7 bis A 9	100,00
Offiziere/Beamte des gehobenen und höheren Dienstes	150,00
Nummer 5 a	
Absatz 1 Buchstabe a	180,00
Buchstabe b	300,00
Buchstabe c	430,00
Absatz 2 Nr. 1 Buchstabe a	270,00
Buchstabe b	200,00
Nr. 2 Buchstabe a	200,00
Buchstabe b	80,00
Nr. 3	130,00
Nr. 4 und 5	120,00
Nr. 6 Buchstabe a	270,00
Buchstabe b	200,00
Nr. 7 Buchstabe a	200,00
Buchstabe b	80,00
Nr. 8 Buchstabe a	250,00
Buchstabe b	130,00
Nr. 9	120,00
Nummer 6 Abs. 1 Buchstabe a	900,00
Buchstabe b	720,00
Buchstabe c	576,00
Nummer 6 a	200,00
Nummer 7	12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder,
Die Zulage beträgt für die Beamten und Soldaten	bei festen Gehältern, des Grundgehalts
der Besoldungsgruppen	der Besoldungsgruppe *)
A 1 bis A 5	A 5
A 6 bis A 9	A 9
A 10 bis A 13	A 13
A 14, A 15, B 1	A 15
A 16, B 2 bis B 4	B 3
B 5 bis B 7	B 6
B 8 bis B 10	B 9
B 11	B 11

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091).

noch Anlage 5

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutsche Mark, Vomhundert, Bruchteil
Nummer 8 Abs. 1	
Die Zulage beträgt für die Beamten	
der Besoldungsgruppen	
A 1 bis A 5	242,29
A 6 bis A 9	333,13
A 10 bis A 13	423,99
A 14 und höher	514,84
für Anwärter der Laufbahngruppe	
des mittleren Dienstes	181,72
des gehobenen Dienstes	242,29
des höheren Dienstes	302,85
Nummer 8 a	
Die Zulage beträgt für die Beamten	
der Besoldungsgruppen	
A 1 bis A 5	133,27
A 6 bis A 9	181,72
A 10 bis A 13	224,11
A 14 und höher	266,52
für Anwärter der Laufbahngruppe	
des mittleren Dienstes	96,93
des gehobenen Dienstes	127,21
des höheren Dienstes	157,50
Nummer 8 b	
Die Zulage beträgt für die Beamten	
der Besoldungsgruppen	
A 1 bis A 5	218,07
A 6 bis A 9	278,62
A 10 bis A 13	363,42
A 14 und höher	448,21
für Anwärter der Laufbahngruppe	
des mittleren Dienstes	163,55
des gehobenen Dienstes	218,07
des höheren Dienstes	272,57
Nummer 8 c	
Die Zulage beträgt für die Beamten	
des einfachen Dienstes	100,00
des mittleren Dienstes	150,00
des gehobenen Dienstes	220,00
des höheren Dienstes	300,00
Nummer 8 d **)	
Die Zulage beträgt für die Beamten	
der Besoldungsgruppen	
A 2 bis A 9	300,00
A 10 bis A 12	350,00
A 13 und höher	400,00
Nummer 9	
Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit	
von einem Jahr	121,15
von zwei Jahren	242,30
Nummer 9 a	
Absatz 1 Buchstabe a	200,00
Buchstabe b	400,00
Buchstabe c	300,00
Absatz 2 Buchstabe a	80,00
Buchstabe b	100,00

**) Gültig ab 1. Januar 1996.

noch Anlage 5

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutsche Mark, Vomhundert, Bruchteil	
Nummer 10 Abs. 1		
Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit		
von einem Jahr		121,15
von zwei Jahren		242,30
Nummer 11		1/12 des Grundgehalts und des Ortszuschlags *)
Nummer 12		181,72
Nummer 13 a		bis zu 150,00
Nummer 19 Satz 1		359,85
Nummer 21		301,89
Nummer 23 Abs. 1		20,00
Abs. 2		45,00
Nummer 24		
Die Zulage beträgt für Beamte		
des mittleren Dienstes/für Unteroffiziere		20,00
des gehobenen Dienstes/für Offiziere bis zur Besoldungsgruppe A 12		45,00
Nummer 25		75,00
Nummer 26 Abs. 1		
Die Zulage beträgt für Beamte		
des mittleren Dienstes		33,34
des gehobenen Dienstes		75,00
Nummer 27		
Absatz 1 Buchstabe a		72,71
Buchstabe b Doppelbuchstabe aa		100,57
Doppelbuchstabe bb		181,72
Buchstabe c		193,84
Buchstabe d		193,84
Buchstabe e		72,71
Absatz 2 Buchstabe b Doppelbuchstabe bb		81,16
Buchstaben c und d		121,14
Nummer 30		45,00
Besoldungsgruppen	Fußnote	
A 2	1	52,05
	2	34,67
	3	95,97
	6	48,48
A 3	1, 5	95,97
	2	52,05
A 4	1, 4	95,97
	2	52,05
A 5	3	52,05
	4, 6	95,97
A 6	6	52,05
A 7	2	64,61
	5	50 v. H. des jeweiligen Unterschiedsbetrages zum Grundgehalt der Besoldungsgruppe A 8
A 8	2	83,28
A 9	2, 3, 6	387,41
	7	15 v. H. des Anfangsgrundgehalts der Besoldungsgruppe A 9
A 12	7, 8	225,00
A 13	6	179,95
	7	269,91
	11, 12, 13	393,71

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091).

noch Anlage 5

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutsche Mark, Vomhundert, Bruchteil	
A 14	5	269,91
A 15	7	269,91
B 10	1, 2	623,75
Bundesbesoldungsgruppe C		
Vorbemerkungen		
Nummer 2 b Buchstabe a		193, 84
Buchstabe b		72,71
Nummer 3		
Die Zulage beträgt		12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe *)
für Beamte der Besoldungsgruppe C 1		A 13
für Beamte der Besoldungsgruppe C 2		A 15
für Beamte der Besoldungsgruppen C 3 und C 4		B 3
Nummer 5		
wenn ein Amt ausgeübt wird		
der Besoldungsgruppe R 1		402,00
der Besoldungsgruppe R 2		450,00
Besoldungsgruppe	Fußnote	
C 2	1	204,04
Bundesbesoldungsordnung R		
Vorbemerkungen		
Nummer 1 a		72,71
Nummer 2		
Die Zulage beträgt		12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe *)
a) bei Verwendung bei obersten Gerichtshöfen des Bundes für die Richter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n)		
R 1		R 1
R 2 bis R 4		R 3
R 5 bis R 7		R 6
R 8 bis R 10		R 9
b) bei Verwendung bei obersten Bundesbehörden, der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn oder bei obersten Gerichtshöfen des Bundes, wenn ihnen kein Richteramt übertragen ist, für die Richter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n)		
R 1		A 15
R 2 bis R 4		B 3
R 5 bis R 7		B 6
R 8 bis R 10		B 9
Nummer 4		75,00
Nummer 5 **)		400,00
Besoldungsgruppen	Fußnote	
R 1	1, 2	298,45
R 2	3 bis 8, 10	298,45
R 3	3	298,45
R 8	2	596,76

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091).
**) Gültig ab 1. Januar 1996.

Begründung

I. Allgemeines

Der Gesetzentwurf sieht eine Anpassung der Besoldungs- und Versorgungsbezüge im Hinblick auf die Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse (vgl. § 14 BBesG/§ 70 BeamtVG) um 3,2 vom Hundert ab dem 1. Mai 1995 sowie für den Monat April 1995 eine einmalige Zahlung in Höhe von 140 DM vor. Der Geltungsbereich erstreckt sich auf Bund und Länder.

Teil 1 des Gesetzentwurfs übernimmt zeitgleich die allgemeine Vergütungserhöhung für den Arbeitnehmerbereich des öffentlichen Dienstes (Tarifergebnis vom 3. Mai 1995) mit dem gleichen Vomhundertsatz.

Teil 2 des Gesetzentwurfs enthält eine weitere Übertragung des Tarifergebnisses, ebenso die Verlängerung von Ermächtigungsgrundlagen zum Erlaß von Rechtsverordnungen aus Anlaß der Herstellung der Einheit Deutschlands, eine dringend erforderliche Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes sowie eine Klarstellung im Gesetz über die Gewährung einer jährlichen Sonderzuwendung.

Die im Hinblick auf den Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 22. März 1990 – 2 BvL 1/86 – zur amtsangemessenen Alimentation von Beamten mit drei und mehr Kindern gebotene Erhöhung des Ortszuschlags ab dem dritten Kind konnte mit diesem Gesetzentwurf noch nicht umgesetzt werden. Eine Anhebung der kinderbezogenen Besoldungsbestandteile steht in engem Zusammenhang mit der Neuordnung des Familienleistungsausgleichs, dessen endgültige Ausgestaltung erst feststehen muß.

Das Gesetz bedarf der Zustimmung des Bundesrates (Artikel 74a Abs. 2 GG).

II. Zu den einzelnen Vorschriften

TEIL 1

Anpassung von Versorgungsbezügen in Bund und Ländern

Zu Artikel 1 (Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes)

Die lineare Erhöhung wird durch Austausch der Anlagen IV bis VI i, VIII und IX des Bundesbesoldungsgesetzes vollzogen. Die Grundgehaltssätze und die Sätze des Ortszuschlags (Anlagen IV und V des Bundesbesoldungsgesetzes) sowie die Amtszulagen der Beamten, Richter und Soldaten werden ab 1. Mai 1995 um 3,2 vom Hundert angehoben. Wie in den vergangenen Jahren sind in die Linearanpassung auch die allgemeine Stellenzulage (Vorbem. Nr. 27 zu den BBesO A und B, Nr. 2b zur BBesO C sowie Nr. 1a zur BBesO R), die Sicherheitszulagen (Vorbem. Nr. 8, 8a und 8b), die Polizeizulage (Vorbem. Nr. 9), die Feuerwehrzulage (Vorbem. Nr. 10) und die Zulage für Beamte bei Justizvollzugseinrichtungen und psychiatrischen Krankenanstalten (Vorbem. Nr. 12) einbezogen.

Die maßgebenden neuen Grundgehaltssätze und die neuen Ortszuschläge ergeben sich aus den Anlagen 1 und 2 des Gesetzentwurfs.

Die neuen Sätze der Amtszulagen sind aus der Anlage 5 des Gesetzentwurfs ersichtlich; die Sätze der übrigen Zulagen in Anlage 5 – ausgenommen die Zulagen nach den Vorbemerkungen Nummern 8, 8a, 8b, 9, 10, 12 und 27 zu den BBesO A und B, Nummer 2b zur BBesO C sowie Nummer 1a zur BBesO R – werden nicht angepaßt.

Die Tabellen des Auslandszuschlags der Anlage 3a bis 3h und der Auslandskinderzuschlag (Anlage 3i) des Gesetzentwurfs sind ebenfalls angepaßt. Wie in den zurückliegenden Jahren wird dem Umstand Rechnung getragen, daß der Auslandszuschlag auch immaterielle Belastungen abgilt. Die Anpassung ist daher niedriger als für die Inlandsdienstbezüge. Künftig wird für alle Besoldungsgruppen ein einheitlicher Minderungssatz verwendet (Harmonisierung). In den niedrigeren Besoldungsgruppen wurde ein Nachteilsausgleich vorgenommen.

Die Anwärterbezüge werden einheitlich um 3,2 vom Hundert ab 1. April 1995 angehoben (Anlage 4 des Gesetzentwurfs); die Anwärter erhalten keine einmalige Zahlung entsprechend der Regelung im Tarifbereich für Auszubildende.

Zu Artikel 2 (Anpassung von Bezügen)

Zu Abschnitt 1 (Prozentuale Anpassung)

Zu § 1 (Fortgeltende landesrechtliche Vorschriften)

Bei den in Absatz 1 genannten Besoldungsbestandteilen und bei weiteren fortgeltenden landesrechtlichen Vorschriften (Absatz 2) bedarf es einer Erstreckung der Anpassung auf diese Regelungen, wie sie den Anlagen 1 und 5 des Gesetzentwurfs zugrunde liegt. Mit erfaßt sind Rahmensätze, Höchstbeträge und Mittelbeträge oder entsprechende Begrenzungen in Regelungen für den Kommunalbereich. In Absatz 3 werden die Berechnungs- und Rundungsgrundsätze für die in den Absätzen 1 und 2 getroffenen Regelungen festgelegt.

Zu § 2 (Versorgungsbezüge)

Die Vorschrift enthält die Anpassung der Versorgungsbezüge entsprechend den Regelungen in den Artikeln 1 und 2 § 1 des Gesetzentwurfs. Die unter Absatz 7 fallenden Versorgungsbezüge werden um

den durchschnittlichen Vomhundertsatz der allgemeinen Erhöhung der Dienstbezüge angehoben.

Zu Abschnitt 2 (Einmalige Zahlung)

Die Empfänger von Dienstbezügen sollen dem Tarifergebnis entsprechend eine die lineare Anpassung der Dienstbezüge ergänzende einmalige Zahlung erhalten. Den Empfängern von laufenden Versorgungsbezügen soll die einmalige Zahlung entsprechend den Grundsätzen des Versorgungsrechts anteilig gezahlt werden.

Zu § 3 (Empfänger von Dienstbezügen)

Absatz 1 regelt den Empfängerkreis, die Voraussetzungen und die Höhe der einmaligen Zahlung. Satz 2 stellt sicher, daß bei Zahlung anteiliger Dienstbezüge unabhängig von dem Grund auch die einmalige Zahlung entsprechend nur anteilig erfolgt, so z. B. durch entsprechende Anwendung des § 6 BBesG bei Teilzeitbeschäftigung auf die Höhe der Einmalzahlung, ebenso wie der besondere Bemessungssatz des § 2 Abs. 1 Satz 1 der Zweiten Besoldungs-Übergangsverordnung (2. BesÜV). Absatz 2 regelt die Anwendung der Vorschriften über den Kaufkraftausgleich auf die einmalige Zahlung.

Zu § 4 (Versorgungsempfänger)

Absatz 1 regelt die anteilige Weitergabe der einmaligen Zahlung an Empfänger von laufenden Versorgungsbezügen. Die Höhe der einmaligen Zahlung richtet sich nach dem jeweiligen Ruhegehaltssatz. Nach Satz 3 findet die Regelung des § 3 Abs. 1 Satz 2 für Empfänger von Versorgungsbezügen gemäß § 2 Nr. 2 der Beamtenversorgungs-Übergangsverordnung in der Fassung vom 19. März 1993 (BGBl. I S. 369) entsprechend Anwendung.

Für den in Absatz 2 genannten Personenkreis mußte eine pauschalierende Regelung vorgesehen werden, da eine Anknüpfung an einen Ruhegehaltssatz hier nicht in Betracht kommt.

Absatz 3 stellt klar, daß für Empfänger von Mindestversorgung der jeweilige Mindestruhegehaltssatz maßgeblich ist. Er regelt außerdem den Anspruch auf die einmalige Zahlung für ehemalige Soldaten auf Zeit, die Ausgleichsbezüge nach § 11a Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 des Soldatenversorgungsgesetzes erhalten.

Zu § 5 (Zahlung)

Die Vorschrift enthält Konkurrenzvorschriften, durch die sichergestellt werden soll, daß die einmalige Zahlung jedem Berechtigten nur einmal gewährt wird. Darüber hinaus wird durch Absatz 1 Satz 2 klargestellt, daß die einmalige Zahlung bei sonstigen Besoldungs- und Versorgungsleistungen unberücksichtigt bleibt, z. B. weder auf Ausgleichszulagen oder -beträge angerechnet wird noch in die Bemessungsgrundlage von Sterbegeld und Witwenabfindung eingeht.

Zu Artikel 3 (Erschwerniszulagen und Mehrarbeitsvergütung)

Übertragung des Tarifergebnisses auf vergleichbare Besoldungsleistungen. Die neuen Sätze werden vom Bundesministerium des Innern im Bundesgesetzblatt bekanntgemacht.

TEIL 2

Sonstige Änderungen besoldungs- und versorgungsrechtlicher Vorschriften

Zu Artikel 4 (Änderungen des Bundesbesoldungsgesetzes)

Zu Nummer 1

Mit der Übertragung des Tarifergebnisses können Sonderzuschläge über den 31. Dezember 1995 ermöglicht werden.

Zu Nummer 2

§ 73 ermächtigt die Bundesregierung, durch Rechtsverordnungen besoldungsrechtliche Übergangsregelungen für das in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannte Gebiet zu erlassen (Zweite Besoldungs-Übergangsverordnung – 2. BesÜV). Diese Ermächtigungsgrundlage ist bis zum 31. Dezember 1995 befristet. Gemäß § 2 Abs. 1 der 2. BesÜV beträgt der Bemessungssatz seit dem 1. Oktober 1994 82 vom Hundert, ab dem 1. Oktober 1995 84 vom Hundert der für das bisherige Bundesgebiet geltenden Dienstbezüge.

Eine Verlängerung der in § 73 normierten Ermächtigungsgrundlage bis zum 31. Dezember 1996 ist erforderlich, um zukünftige Erhöhungen des Bemessungssatzes für Arbeitnehmer durch Verordnungsänderung auch auf die Besoldungsempfänger übertragen zu können.

Zu Nummer 3

Die Zentrale Ermittlungsstelle für die Bekämpfung der Regierungs- und Vereinigungskriminalität (ZERV) und die Arbeitsgruppe Regierungskriminalität bei der Staatsanwaltschaft II bei dem Landgericht Berlin leisten einen gesellschaftspolitisch notwendigen Beitrag zur Vollendung der inneren Einheit Deutschlands. Für diese Aufgabe muß ausreichendes und fachlich geeignetes Personal zur Verfügung stehen.

Das Bundeskabinett hat deshalb am 19. Juli 1994 beschlossen, für Bundesbedienstete, die aus dem bisherigen Bundesgebiet zur ZERV oder zur Arbeitsgruppe Regierungskriminalität abgeordnet sind, die pauschalierte Aufwandsentschädigung zu gewähren. Um die Aufgabenerfüllung auch künftig – und zwar unabhängig von der bis zum 31. Dezember 1995 befristeten pauschalierten Aufwandsentschädigung – zu gewährleisten, soll statt dessen eine nichtruhegehaltfähige Stellenzulage an die dort verwendeten Beamten gezahlt werden. Dies entspricht auch dem

Wunsch der Länder, die sich mit Beschlüssen der Innenministerkonferenz, Finanzministerkonferenz und der Justizministerkonferenz für eine entsprechende gesetzliche Regelung ausgesprochen haben. Die Beträge sind in die durch Artikel 1 dieses Gesetzes geänderte Anlage IX aufgenommen. Die Zulage beträgt für Beamte der Besoldungsgruppen

A 2 bis A 9	300 DM
A 10 bis A 12	350 DM
A 13 und höher	400 DM.

Durch Satz 2 ist sichergestellt, daß keine Doppelzahlung neben einer pauschalierten Aufwandsentschädigung erfolgt.

Zu Nummer 4

Die Vorschrift entspricht der in Nummer 3 für Beamte getroffenen Regelung. Die bei der Zentralen Ermittlungsstelle für die Bekämpfung der Regierungs- und Vereinigungskriminalität und der Arbeitsgruppe Regierungskriminalität bei der Staatsanwaltschaft II bei dem Landgericht Berlin verwendeten Richter und Staatsanwälte erhalten hiernach eine Stellenzulage in Höhe von 400 DM.

Zu Artikel 5 (Änderung des Gesetzes über die Gewährung einer jährlichen Sonderzuwendung)

Mit Artikel 4 des Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetzes 1994 vom 23. August 1994 (BGBl. I S. 2229) ist die jährliche Sonderzuwendung entsprechend den im Tarifbereich geltenden Regelungen eingefroren worden. Bei der erstmaligen Umsetzung im Dezember 1994 ist es zu Programmier- und Rechenaufwand gekommen, der mit der Klarstellung künftig vermieden werden kann. Die materielle Regelung wird in das Sonderzuwendungsgesetz eingestellt, und das Bundesministerium des Innern wird ermächtigt, den Bemessungsfaktor als Vomhundertsatz – wie im Tarifbereich – festzusetzen.

Zu Artikel 6

Folgeänderung zu Artikel 5.

Zu Artikel 7 (Änderung des Beamtenversorgungsgesetzes)

Die Begründung zu Artikel 4 Nr. 2 gilt entsprechend auch für die Bemessung der Versorgungsbezüge nach der Beamtenversorgungs-Übergangsverordnung.

Zu Artikel 8 (Änderung des Soldatenversorgungsgesetzes)

Die Begründung zu Artikel 4 Nr. 2 gilt entsprechend auch für die Bemessung der Versorgungsbezüge nach der Soldatenversorgungs-Übergangsverordnung – SVÜV – in der Fassung vom 24. März 1993 (BGBl. I S. 378).

Zu Artikel 9

Folgeänderung zu den Artikeln 5 und 6.

Zu Artikel 10

Bekanntmachungsermächtigung.

Zu Artikel 11

Die Vorschrift regelt die Rückkehr zum einheitlichen Verordnungsrang.

Zu Artikel 12

Inkrafttretensregelung.

III. Stellungnahme der Gewerkschaften im Rahmen des Beteiligungsverfahrens

Die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften (Deutscher Beamtenbund, Deutscher Gewerkschaftsbund, Deutscher Richterbund e. V., Bund Deutscher Verwaltungsrichter und Verwaltungsrichterinnen, Christlicher Gewerkschaftsbund und Deutscher Bundeswehrverband e. V.) begrüßen die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifabschlusses für die Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes auf den Besoldungs- und Versorgungsbereich.

IV. Kosten

Der Gesetzentwurf führt im Jahre 1995 zu nachstehenden Mehrausgaben für die öffentlichen Haushalte (einschließlich neue Bundesländer):

	Mio. DM
1. **Bundeshaushalt**	
1.1 Obergruppe 42	
– Einmalzahlung April	46,13
– Besoldungsanpassung ab 1. Mai 1995	389,02
(Jahresbetrag 1996 – ohne Sonderzuwendung)	(584,34)
– Stellenzulage ZERV (ab 1996)	(0,40)
1.2 Obergruppe 43	
– Einmalzahlung April	24,38
– Versorgungsanpassung ab 1. Mai 1995	211,83
(Jahresbetrag 1996 – ohne Sonderzuwendung)	(317,74)

2. **Auswirkungen auf andere öffentliche Haushalte (zum Teil geschätzt)**

	Besoldung	Versorgung
	Mio. DM	
2.1 Länder und Stadtstaaten		
– Einmalzahlung April	147,97	37,38
– Besoldungs- und Versorgungsanpassung ab 1. Mai 1995	1 598,89	454,30
(Jahresbetrag 1996 – ohne Sonderzuwendung)	(2 400,88)	(681,45)
– Stellenzulage ZERV (ab 1996)	(1,70)	–
2.2 Gemeinden und Gemeindeverbände (Gebietskörperschaften)		
– Einmalzahlung April	23,09	8,39
– Besoldungs- und Versorgungsanpassung ab 1. Mai 1995	204,04	91,08
(Jahresbetrag 1996 – ohne Sonderzuwendung)	(306,22)	(136,62)
2.3 Sonstige (Sozialversicherungsträger usw. im Bundes- und Länderbereich)		
– Einmalzahlung April	3,36	0,83
– Besoldungs- und Versorgungsanpassung ab 1. Mai 1995	36,35	10,14
(Jahresbetrag 1996 – ohne Sonderzuwendung)	(54,53)	(15,21)

3. **Auswirkungen auf privatisierte Bereiche (zum Teil geschätzt)**

	Besoldung	Versorgung
	Mio. DM	
3.1 Bundeseisenbahnvermögen		
– Einmalzahlung April	15,62	19,37
– Besoldungs- und Versorgungsanpassung ab 1. Mai 1995	121,62	137,02
(Jahresbetrag 1996 – ohne Sonderzuwendung)	(182,43)	(205,53)
3.2 Postunternehmen		
– Einmalzahlung April	39,72	15,50
– Besoldungs- und Versorgungsanpassung ab 1. Mai 1995	285,36	122,96
(Jahresbetrag 1996 – ohne Sonderzuwendung)	(428,04)	(184,44)

4. **Gesamtkosten des Gesetzentwurfs**

	Mio. DM
a) Einmalzahlung April für Besoldungs- und Versorgungsempfänger	381,74
b) Besoldungsanpassung ab 1. Mai 1995	2 635,28
(Jahresbetrag 1996 – ohne Sonderzuwendung)	(3 956,44)
c) Versorgungsanpassung ab 1. Mai 1995	1 027,33
(Jahresbetrag 1996 – ohne Sonderzuwendung)	(1 540,99)
d) Gesamtkosten in 1995 [Summe a) – c)]	4 044,35
(Jahresbetrag 1996 – ohne Sonderzuwendung)	(5 497,43)
nachrichtlich: Stellenzulage ZERV ab 1996	(2,10)

Die vorgesehenen Einkommensverbesserungen werden keine wesentlichen Änderungen von Angebots- und Nachfragestrukturen zur Folge haben, so daß Auswirkungen auf Einzelpreise und Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, nicht zu erwarten sind.

Zur Durchführung des Gesetzes wird zusätzliches Personal bei Bund, Ländern und Gemeinden nicht benötigt.

Anlage 2

Stellungnahme des Bundesrates

Der Bundesrat hat in seiner 687. Sitzung am 14. Juli 1995 beschlossen, zu dem Gesetzentwurf gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes wie folgt Stellung zu nehmen:

1. **Zu Artikel 2 §§ 3 und 4**

   Artikel 2 ist wie folgt zu ändern:

   a) § 3 erhält folgende Fassung:

   „§ 3
   Empfänger von Dienstbezügen

   (1) Eine einmalige Zahlung in Höhe von 140 Deutsche Mark erhalten die am 1. April 1995 vorhandenen Beamten, Richter und Soldaten in einem Rechtsverhältnis mit Anspruch auf Dienstbezüge, die mindestens für einen Teil des Monats April 1995 Dienstbezüge erhalten. Satz 1 gilt entsprechend, wenn ein Rechtsverhältnis mit Anspruch auf Dienstbezüge am 3. April 1995 begründet wurde.

   (2) Werden Dienstbezüge anteilig oder nach einem besonderen Bemessungssatz gewährt, gilt dies entsprechend für die einmalige Zahlung.

   (3) Gehört der dienstliche Wohnsitz eines Berechtigten zu einem anderen Währungsgebiet als dem der Deutschen Mark, sind die §§ 7 und 54 des Bundesbesoldungsgesetzes entsprechend anzuwenden.

   (4) Maßgebend für die Fälle der Absätze 2 und 3 sind die Verhältnisse am 1. April 1995 oder am 3. April 1995 (Absatz 1 Satz 2). Soweit ein Anspruch auf Dienstbezüge später entstanden ist, sind die Verhältnisse am Tag der Entstehung des Anspruchs maßgebend.

   (5) Eine einmalige Zahlung steht nicht zu, wenn der Empfänger von Dienstbezügen vor dem 1. Mai 1995 auf Antrag oder aus seinem Verschulden aus dem öffentlichen Dienst (§ 40 Abs. 7 des Bundesbesoldungsgesetzes) ausscheidet. Dem öffentlichen Dienst im Sinne des Satzes 1 steht der Dienst bei öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften und ihren Verbänden gleich.

   (6) Absatz 1 Satz 1 gilt für Empfänger von Amtsbezügen oder Amtsgehalt entsprechend."

   b) In § 4 Abs. 1 letzter Satz ist die Angabe „Abs. 1 Satz 2" durch die Angabe „Abs. 2" zu ersetzen.

   Begründung

   Anpassung der Regelungen für die einmalige Zahlung an die nach der Beschlußfassung durch die Bundesregierung erfolgten Änderungen der Regelungen für die einmalige Zahlung im Tarifbereich.

2. **Zu Artikel 4 Nr. 2a – neu, 3 und 4, Artikel 12 Abs. 2 Nr. 3 und Anlage 5**

   a) Artikel 4 ist wie folgt zu ändern:

   aa) Nach Nummer 2 ist folgende neue Nummer 2a einzufügen:

   ‚2a. Nach § 77 wird folgender § 77a eingefügt:

   „§ 77a
   Einmalzahlung
   bei der Zentralen Ermittlungsstelle
   für die Bekämpfung der Regierungs- und Vereinigungskriminalität und der Arbeitsgruppe Regierungskriminalität

   (1) Beamte und Richter, denen in der Zeit vom 1. Januar 1996 bis 31. Dezember 2003 für mindestens ein Jahr im Wege der Abordnung von einem Dienstort außerhalb von Berlin eine Tätigkeit bei der Zentralen Ermittlungsstelle für die Bekämpfung der Regierungs- und Vereinigungskriminalität oder der Arbeitsgruppe Regierungskriminalität bei der Staatsanwaltschaft II bei dem Landgericht Berlin übertragen wird, erhalten für jeweils sechs Monate der Tätigkeit eine Einmalzahlung; sie beträgt bei Beamten des mittleren und des gehobenen Dienstes 2 000 Deutsche Mark und bei Beamten des höheren Dienstes und Richtern 2 500 Deutsche Mark.

   (2) Für vor dem 1. Januar 1996 wirksame Abordnungen entsprechend Absatz 1 wird für die auf die Zeit nach dem 31. Dezember 1995 entfallende Dauer der Tätigkeit eine zeitanteilige Einmalzahlung entsprechend Absatz 1 gewährt; Teile eines Monats sind auf einen vollen Monat umzurechnen.

   (3) Die Einmalzahlung wird im voraus gewährt; eine pauschalierte Aufwandsentschädigung wird neben der Einmalzahlung nicht gewährt.

   (4) Die Einmalzahlung ist in voller Höhe zurückzuzahlen, wenn der Beamte oder Richter vor Ablauf des Verpflichtungszeitraumes aus der Verwendung ausscheidet; dies gilt nicht, wenn die Abordnung wegen Dienstunfähigkeit oder durch Tod endet. Von der Rückforderung kann im Einvernehmen mit der obersten Dienstbehörde oder der von ihr bestimmten Stelle ganz oder teilweise abgesehen werden,

wenn die Abordnung aus zwingenden dienstlichen oder persönlichen Gründen aufgehoben worden ist.

(5) Die anspruchsbegründenden Regelungen des Absatzes 1 gelten bis zum 31. Dezember 2003."'

bb) In Nummer 3 erhält in Anlage I die Vorbemerkung Nummer 8d folgende Fassung:

„8d. Stellenzulage bei der Zentralen Ermittlungsstelle für die Bekämpfung der Regierungs- und Vereinigungskriminalität und der Arbeitsgruppe Regierungskriminalität

(1) Beamte, die bei der Zentralen Ermittlungsstelle für die Bekämpfung der Regierungs- und Vereinigungskriminalität oder der Arbeitsgruppe Regierungskriminalität bei der Staatsanwaltschaft II bei dem Landgericht Berlin verwendet werden, erhalten bis zum 31. Dezember 2003 eine Stellenzulage nach Anlage IX.

(2) Durch die Stellenzulage werden die mit dem Dienst allgemein verbundenen Erschwernisse und Aufwendungen mit abgegolten; eine pauschalierte Aufwandsentschädigung wird neben der Stellenzulage nicht gewährt."

cc) In Nummer 4 erhält in Anlage III die Vorbemerkung Nummer 5 folgende Fassung:

„5. Stellenzulage bei der Zentralen Ermittlungsstelle für die Bekämpfung der Regierungs- und Vereinigungskriminalität und der Arbeitsgruppe Regierungskriminalität

Richter und Staatsanwälte, die bei der Zentralen Ermittlungsstelle für die Bekämpfung der Regierungs- und Vereinigungskriminalität oder der Arbeitsgruppe Regierungskriminalität bei der Staatsanwaltschaft II bei dem Landgericht Berlin verwendet werden, erhalten bis zum 31. Dezember 2003 eine Stellenzulage nach Anlage IX. Eine pauschalierte Aufwandsentschädigung wird neben der Stellenzulage nicht gewährt."

b) In Artikel 12 Abs. 2 Nr. 3 ist nach dem Wort „Nummer" die Angabe „2a," einzufügen.

c) In Anlage 5 ist in Abschnitt „Bundesbesoldungsordnungen A und B, Vorbemerkungen" bei Nummer 8d der Betrag „300,00" durch den Betrag „200,00" und der Betrag „350,00" durch den Betrag „300,00" zu ersetzen.

Begründung

Entsprechend dem übereinstimmenden Votum der Innen-, Justiz- und Finanzminister soll für die Gewinnung ausreichenden und geeigneten Personals für die Zentrale Ermittlungsstelle für die Bekämpfung der Regierungs- und Vereinigungskriminalität und der Arbeitsgruppe Regierungskriminalität wegen der Einzigartigkeit der Verhältnisse neben einer nichtruhegehaltfähigen Stellenzulage (vgl. Artikel 4 Nr. 3 und 4) zusätzlich eine Einmalzahlung (mit evtl. Wiederholung) gewährt werden unter der Auflage, für einen bestimmten Mindestzeitraum bei diesen Einrichtungen tätig zu sein. Eine pauschalierte Aufwandsentschädigung soll daneben nicht gewährt werden.

Mit der neuen Nummer 2a (§ 77a BBesG) soll die Regelung für eine solche Einmalzahlung bei längerfristigen Abordnungen von außerhalb von Berlin getroffen werden; sie soll – wie die im Gesetzentwurf für diesen Bereich enthaltene Regelung für eine Stellenzulage – zum 1. Januar 1996 in Kraft treten. Für die im Zeitpunkt des Inkrafttretens laufenden Abordnungen soll eine zeitanteilige Prämie gewährt werden. Die Regelung soll bis zum 31. Dezember 2003, d. h. bis zum Ende der Laufzeit der Vereinbarung der Länder für diese Einrichtungen, befristet werden.

Die Regelungen für Stellenzulagen bei Verwendung bei den vorgenannten Einrichtungen (vgl. Artikel 4 Nr. 3 und 4) sollen ebenfalls bis zum 31. Dezember 2003 befristet werden. Eine pauschalierte Aufwandsentschädigung soll neben der Stellenzulage (ggf. in Verbindung mit der Einmalzahlung) nicht gewährt werden, weil die mit dem Dienst allgemein verbundenen Aufwendungen und Erschwernisse mit der Stellenzulage abgegolten sein sollen. Die Stellenzulagen bis zur Besoldungsgruppe A 12 müssen im Vergleich zur Stellenzulage ab A 13 im Hinblick auf die wesentlich niedrigeren Anforderungen im Amt deutlicher abgestuft werden.

Anlage 3

Gegenäußerung der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates

Zu Nummer 1

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag des Bundesrates zu. Die anderweitige Fassung des Artikels 2 § 3 ist sachgerecht. Sie überträgt die nach der Beschlußfassung der Bundesregierung durch redaktionelle Nachverhandlungen erfolgten Änderungen für die einmalige Zahlung im Tarifbereich auch auf den Besoldungsbereich. Während des weiteren Gesetzgebungsverfahrens sollte der Gesetzentwurf um eine inhaltsgleiche Folgeänderung für Versorgungsempfänger ergänzt werden.

Zu Nummer 2

Die Bundesregierung wird den Vorschlag des Bundesrates im weiteren Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens prüfen. Sie ist jedoch der Auffassung, daß die Mobilität der Beamten nicht nur von der Bezahlung abhängen darf.

Preiswirkungsklausel

Soweit die Bundesregierung in dieser Gegenäußerung Änderungsvorschlägen des Bundesrates zustimmt, führen diese gegenüber dem Regierungsentwurf nicht zu Mehrkosten, so daß preisliche Auswirkungen nicht zu erwarten sind.

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53113 Bonn
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28/3 82 08 40, Telefax: 02 28/3 82 08 44
ISSN 0722-8333